



Niederschrift

über die 66. Sitzung des

Kinder- und Jugendhilfeausschusses

gemeinsam mit dem Sozialausschuss, dem Ausschuss für Stadtplanung
und Bauordnung und dem Kommunalausschuss
der Landeshauptstadt München

vom 18. Juli 2024

(öffentlich)

Vorsitz

BMin Dietl, i. V. StRin Hübner

Referent*innen

bfm. StRin Schiwy, i. V. Herr Grodeke

ea. Stadtratsmitglieder

Die Grünen – Rosa Liste:

Gökmenoğlu, Harper, Krauss, Langmeier, Nitsche, Stöhr;

CSU mit FREIE WÄHLER:

Babor, Bär, Gaßmann, Kainz, Reissl;

SPD/Volt:

Hefter, Hübner, Köning, Likus, Naz, Odell;

ÖDP/München-Liste:

Holtmann;

FDP BAYERNPARTEI:

— — —;

DIE LINKE./Die PARTEI:

Jagel, Lechner

ferner

Herr Mayer (S-III-L), Frau Maffei (S-II),
Frau Klar (PLAN-HAIII) sowie Mitarbeiter*innen
der Verwaltung und stimmberechtigte
und beratende Mitglieder gem. § 75 KJHG

Protokoll

Herbon

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnungspunkt ohne gesonderte Beratung.....	3
Aktuelle Wohnsituation junger Menschen in München u. Möglichkeiten zur Entspannung der Lage...	4
Wohnformen – Übergänge für junge Erwachsene.....	4

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:32 Uhr
Vorsitz: BMin Dietl, i. V. StRin Hübner
Referent*innen: bfm. StRin Schiwy, i. V. Herr Grodeke

Tagesordnungspunkt ohne gesonderte Beratung

Der Tagesordnungspunkt 3 (Umsetzungskonzept zur Reduzierung der investiven Ansätze) wird in allen Ausschüssen einstimmig in die nächste Vollversammlung des Stadtrats **vertagt**. (Aktensammlung Seite 547)

– Die Ausschussmitglieder kommen überein, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam zu behandeln. –

**Aktuelle Wohnsituation junger Menschen in München u. Möglichkeiten
zur Entspannung der Lage
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 543

**Wohnformen – Übergänge für junge Erwachsene
Schnittstellen zwischen Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Eingliederungshilfe und Wohnen**

Aktensammlung Seite 545

Herr Mayer (Leiter des Amtes für Wohnen und Migration) erläutert anhand einer digitalen Präsentation die wichtigsten Aspekte der Vorlage „Aktuelle Wohnsituation junger Menschen“ (s. Anlage).

StRin Nitsche zeigt sich beeindruckt von den Beiträgen und Vorschlägen der betroffenen jungen Erwachsenen, die an dem Hearing zu diesem Thema am 12.07.2023 teilgenommen haben.

Sie bedankt sich für die beiden Beschlussvorlagen und betont, dass die Träger bei den Beratungen zur Jugend- und Wohnungslosenhilfe sehr gut eingebunden worden seien. Das Vorhaben, bürokratische Hürden abzubauen und die Anträge zu vereinfachen, begrüße sie sehr.

Junge Menschen hätten auf dem hochpreisigen Münchner Wohnungsmarkt schlechte Chancen und müssten daher oft ins Umland ausweichen. Die Landeshauptstadt versuche, mit günstigen Mietangeboten gegenzusteuern. Allerdings habe das Wohnungsamt im vergangenen Jahr an die 24 000 Anspruchsberechtigten lediglich 3 400 städtische Wohnungen vermittelt können. Deshalb sei es wichtig, weitere Angebote für die jeweiligen Zielgruppen zu schaffen, darunter auch Plätze im Frauenhaus oder in sozial betreuten Wohnprojekten.

Junge Männer seien am stärksten von der Wohnungslosigkeit betroffen. Zudem gebe es eine hohe Dunkelziffer bei Frauen, die in prekären Wohnformen oder Abhängigkeitsverhältnissen von den

Vermietern lebten. Daher solle in künftigen Studien ein besonderes Augenmerk auf diese Gruppen gerichtet werden.

Stadträtin Nitsche würdigt die Initiative „Rock Trust“ in Münchens Partnerstadt Edinburgh als Beispiel für gelungene Integration: Dort lebten Studierende mit ehemals wohnungslosen jungen Menschen zusammen. Hingegen falle bei einem ähnlichen Konzept in der Kistlerhofstraße der Unterschied zwischen den gut ausgestatteten Räumlichkeiten für Studierende und den weniger komfortablen Unterkünften für junge Geflüchtete auf. Bei künftigen Projekten solle stärker auf gleiche Wohnverhältnisse geachtet werden.

Für die temporären Studierendenwohnheime („PopUp Dorms“), die auf eine Idee aus Wien zurückgingen, sollten auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften (Stadtwerke, München Klinik etc.) geeignete Flächen bereitstellen.

Die Intention der Landeshauptstadt, im Rahmen der SGB-II-Leistungen Mietbürgschaften zu übernehmen, wertet Stadträtin Nitsche als Erfolg. Dadurch könnten Vermieter*innen leichter überzeugt werden, ihre Wohnungen jungen Menschen zu überlassen.

Anschließend stellt sie Ziffer 7 neu im Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste vor: Demnach werde das Sozialreferat beauftragt, ein Konzept zur Zwischennutzung von Wohnraum durch junge Menschen zu entwickeln. In Frage kämen Wohnungen, die die Stadt ankaufe oder die ihr vermacht würden, sowie Gebäude der Münchner Wohnen, die vor einer Sanierungsmaßnahme leer stünden.

Dieser Vorschlag decke sich weitestgehend mit der Forderung im Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI (Ziffer 6 neu). Allerdings sei sie skeptisch, ob sich die dort ebenfalls erwähnten Gewerbeimmobilien für eine Zwischennutzung eigneten, da die dortigen sanitären Anlagen oft nicht für Wohnzwecke gedacht seien. Die weiteren Punkte von DIE LINKE./Die PARTEI verstünden sich von selbst.

StRin Odell hebt hervor, dass die in den Vorlagen enthaltenen Vorschläge gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt worden seien.

Eines der zentralen Anliegen der SPD/Volt-Fraktion sei es, bezahlbaren Wohnraum für alle Münchner*innen bereitzustellen. Als Leuchtturmprojekt bezeichnet sie das 2022 gegründete AzubiWerk. Gerade junge Menschen mit geringen Mitteln oder befristeten Arbeitsverträgen müssten bei der Wohnungssuche große Hürden überwinden. Zudem würden sie oft mit Lockangeboten rechtsextremer Burschenschaften oder unseriöser Vermieter konfrontiert.

Da sich in jungen Jahren oft die Lebensverhältnisse änderten (wechselnde Arbeitsplätze oder Studienorte, Trennungen etc.), eigneten sich insbesondere temporäre Wohnformen, um den Bedarf dieser Personengruppe zu decken. Darauf ziele Ziffer 4 geändert im gemeinsamen Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste ab.

Sie lobt die Absicht des Jugendamts, möglichst flexibel auf die Wünsche ihrer Klientel zu reagieren und appelliert an die städtische Informationsstellen, ihre Angebote gut zu koordinieren.

Frau Dr. Sauer (Der Paritätische) bedankt sich im Namen der freien Wohlfahrtspflege für die beiden Beschlussvorlagen. Allerdings hätte sie es besser gefunden, dass sich ein gemeinsamer Arbeitskreis mit den Themen beider Vorlagen befasst, zumal es um dieselbe Zielgruppe gehe.

Die Verbände seien vor allem bei dem Thema Wohnformen eingebunden worden. Dabei hätten sich die Zusammenarbeit mit den städtischen Vertreter*innen und die Moderation der unterschiedlichen Sichtweisen gelegentlich als etwas schwierig erwiesen, was sich auch an manchen unkonkreten Handlungsempfehlungen zeige. So sollten weitere Gesprächsrunden mit Jugendlichen stattfinden, obwohl diese bereits bei dem Hearing klare Vorstellungen geäußert und Maßnahmen vorgeschlagen hätten. Langwierige Verfahren stellten die Geduld der jungen Menschen unnötig auf die Probe und verzögerten die Umsetzung der dringend erforderlichen Hilfsangebote. Als Beispiel für eine gute Kooperation zwischen der Stadt und den Trägern, die zu raschen Ergebnissen geführt habe, nennt Frau Dr. Sauer die Einrichtung des Welcome Centers für junge Geflüchtete.

Sie begrüßt, dass das Jugendamt auf die Hilfeplanpflicht beim betreuten Wohnen und dem Jugendwohnen für Auszubildende verzichten wolle (s. S. 13 der Vorlage zu TOP 2). Ziel müsse es sein, den Betroffenen möglichst niedrigschwellig entgegenzukommen. Die geplante zentrale Informations- und Anlaufstelle für wohnungssuchende junge Menschen, die auch über die Wohnungsvergabe entscheiden dürfe, stelle einen weiteren Fortschritt dar (s. S. 8 der Vorlage zu TOP 2).

Damit verbinde sich die Hoffnung, dass speziell für junge Menschen gebaute Wohnungen wie in der Hochmuttinger Straße zügig zugeteilt werden könnten.

Abschließend bittet Frau Dr. Sauer die Verwaltung, Auskunft über die nächsten geplanten Schritte zu geben, damit die Ausschussmitglieder wüssten, worüber sie abstimmen.

StR Jagel würdigt, dass sich bei dem Hearing auch junge Menschen in schwierigen Wohnverhältnissen äußern konnten. Deren Ideen seien in den Beschlussvorlagen und in einer Fotodokumentation gut aufgearbeitet worden. Die wichtigste Frage bleibe allerdings, wie sich die Umsetzung einiger Vorschläge finanzieren ließe. Außerdem müssten die beschlossenen Projekte in absehbarer Zeit realisiert werden, damit die Ideengeber*innen noch etwas davon hätten.

Anschließend erläutert Stadtrat Jagel den Änderungsantrag seiner Fraktion:

Das Konzept „Junges Wohnen“ solle auch Personen bis 27 Jahre berücksichtigen, die sich nicht in Ausbildung oder im Studium befänden und beispielsweise ein freiwilliges soziales Jahr oder eine berufliche Qualifizierungsmaßnahme absolvierten (Ziffer 3 neu).

Ziffer 6 neu enthalte die Forderung, stärker auf die Zwischennutzung von leerstehenden Räumlichkeiten der Stadt oder ihrer Tochtergesellschaften zu setzen, und stimme weitgehend mit dem rotgrünen Änderungsantrag überein. Deshalb ziehe er diesen Punkt zurück.

Ziffer 7 neu greife eine Anregung der Hearing-Teilnehmer*innen auf, im Zusammenspiel mit Baugenossenschaften auch gemeinschaftliche Wohnformen zu ermöglichen.

Ein weiteres Anliegen seiner Fraktion sei es, über die Arbeit der Informationsstelle für Wohnungssuchende hinaus, direkt auf die Zielgruppe zuzugehen (Ziffer 12 neu). Durch diese aufsuchende Arbeit ließen sich vor allem Personen in prekären Wohnverhältnissen besser erreichen. Laut Statistik seien derzeit 320 junge Menschen im Sofortunterbringungssystem registriert.

Für Studierendenwohnheime sei eigentlich die bayerische Landesregierung zuständig. Allerdings komme der Freistaat dieser Aufgabe nicht nach. Dies zeigten die ca. 1 300 sanierungsbedürftigen Apartments in der Studentenstadt.

Frau Greil (Kreisjugendring) erinnert an die Armutskonferenz von 2021, wo bereits die Probleme junger Menschen auf dem angespannten Münchner Wohnungsmarkt thematisiert worden seien. Dieser Eindruck habe sich durch Umfrageergebnisse und die Statements der Betroffenen während des Hearings bestätigt.

Sie zeigt sich erfreut, dass die Landeshauptstadt München weiterhin das Projekt „Junges Wohnen“ des Kreisjugendrings unterstützen wolle (s. S. 22 der Vorlage zu TOP 1). Die KJR-Mitarbeiter*innen hätten in den letzten Jahren viel Wissen erworben, das sie gerne bei den Überlegungen zum Thema temporäre Wohnformen (s. S. 23f.) einbringen würden. Sie seien überdies offen für neue Vorschläge, beispielsweise beim „StarterWohnen“ (s. S. 19 der Vorlage).

Hinsichtlich der Projekte zum gemeinschaftlichen und inklusiven Wohnen (s. S. 20f.) möchte Frau Greil wissen, wie das Mitspracherecht der jungen Menschen gewährleistet werde.

Leider gingen die Beschlussvorlagen zu wenig auf die dramatische Lage von Studierenden ein, die einen großen Anteil unter den jungen Wohnungssuchenden ausmachten. Laut der Statistik des Studierendenwerks Oberbayern sei die Zahl der immatrikulierten Personen von 2011 bis 2022 um fast 20 000 auf 136 935 Studierende gestiegen, während die Zahl der Wohnheimplätze im selben Zeitraum von 10 074 auf 9 905 abgenommen habe. Auf der Warteliste stünden ca. 14 200 Antragsteller*innen (2011: 3 516 Personen).

Neben dem Freistaat Bayern sei auch die Landeshauptstadt München in der Pflicht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Da die Bemühungen nicht ausreichten, müsse befürchtet werden, dass es zu Verdrängungseffekten unter den verschiedenen Gruppen der Wohnungssuchenden (Studierenden-WGs, Familien mit Kindern etc.) komme.

Frau Greil fragt die Verwaltung:

- Wie ist der aktuelle Stand bei der geplanten Nachverdichtung der Studentenstadt?
- Wurde die Idee weiterverfolgt, Park + Ride-Plätze für Studierende einzurichten?
- Worin besteht der Mehrwert der geplanten digitalen Beratung (s. S. 32f.) im Vergleich zu dem bestehenden Angebot des Jugendinformationszentrums?

BMin Dietl bedankt sich bei allen Beteiligten für deren Engagement und verabschiedet sich von den Ausschussmitgliedern, da sie an der Jubiläumsveranstaltung des Bildungscampus Freiam teilnehme.

– StRin Hübner übernimmt den Vorsitz. –

Herr Gläß (Münchner Trichter) weist auf die gesamtgesellschaftliche Herausforderung hin, in der zunehmend verdichteten Stadt genügend Raum für Jugendliche bereitzustellen. Die Aussage einer Hearing-Teilnehmerin, sie habe in ihrer Heimat München keine Perspektive und müsse deshalb wegziehen, habe ihn sehr erschüttert. Lösungen für dieses Problem ließen sich nur im Zusammenspiel der Verwaltung mit den betroffenen jungen Menschen finden. So sei u. a. die Idee für städtische Mietbürgschaften entstanden.

Besonders wichtig finde er, bei allen Angeboten die Bedürfnisse der Zielgruppe zu berücksichtigen. Junge Menschen erledigten fast alles per Smartphone, jedoch sei die städtische Plattform SOWON zur Wohnungsvergabe nicht darauf ausgelegt. Daher müsse ein neuer digitaler Auftritt entwickelt werden. Auch das streng kategorisierte Verwaltungsdenken bei Anträgen und Formularen sei jungen Leuten fremd. Wer nicht zur Gruppe der Studierenden oder Auszubildenden zähle, könne auf diese Weise leicht durchs Raster fallen.

Herr Gläß plädiert dafür, engmaschiger und stadtbezirksbezogen leerstehende Wohnungen ausfindig zu machen. Er bezeichnet es als Skandal, dass im Kreativquartier vier ehemalige Hausmeisterwohnungen im Besitz einer städtischen Gesellschaft zwölf Jahre lang nicht genutzt worden seien. Immerhin verwende das Kulturreferat inzwischen zwei davon für das Artist-in-Residence-Programm.

Viele der von den Hearing-Teilnehmer*innen gemachten Vorschläge (s. Anlage 8 zu TOP 1) ließen sich zügig und kostengünstig umsetzen. Gegebenenfalls könnten die freien Träger neue Konzepte im Rahmen von Pilotprojekten ausprobieren.

Darüber hinaus sollten einige Notunterkünfte exklusiv für Personen bis 27 Jahre zur Verfügung stehen, damit sie sich nicht mit älteren Alkoholiker*innen ein Zimmer teilen müssten. Weiterhin wäre es wünschenswert, dass jungen Erwachsenen aus Bürgergeld beziehenden Familien erlaubt

werde, in eine eigene Wohnung umzuziehen. In diesem Zusammenhang müsse das Punktesystem für die Wohnungsvergabe überdacht werden.

Herr Gläß empfiehlt, auch Gewerbeimmobilien zur temporären Wohnnutzung in Betracht zu ziehen, denn die meisten Gebäude seien mit Küchen und Sanitäreinrichtungen ausgestattet.

Frau Nuss (Gleichstellungsstelle für Frauen) hält nichts von schnellen Lösungen. Zunächst müssten die Bedürfnisse der jungen Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen festgestellt und entsprechende Handlungs- und Planungsleitlinien entwickelt werden. Insofern begrüße sie Ziffer 2 im Antrag der Referent*innen zu Tagesordnungspunkt 1:

„Das Sozialreferat / Amt für Wohnen und Migration wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den zuständigen Referaten und Fachstellen, die diskriminierungskritische und geschlechtersensible Analyse, Planung und Umsetzung der geschlechterbezogenen, gleichstellungsorientierten Wohnbedürfnisse und Wohnbedarfe, bei der Bearbeitung der konkreten Beschlussaufträge, einzubeziehen und den Prozess sowie die Erfahrungen zu dokumentieren.“

Sie befürwortet die Anregung von Stadträtin Nitsche, die Situation von Personen im Alter von 18 bis 27 Jahren, die in prekären Wohnverhältnissen leben, zu untersuchen und fragt die Leitung des Jugendamtes nach den Kriterien für eine solche Studie. Außerdem möchte sie wissen, wie die Aspekte der Geschlechtersensibilität und Antidiskriminierung bei aktuellen Projekten (bspw. in der Kistlerhofstraße und der Hochmuttinger Straße) berücksichtigt und dokumentiert werden.

StR Lechner bedankt sich für die beeindruckende Fotoausstellung über die Hearing-Ergebnisse im Foyer des Sitzungssaals. Die Bilder erinnerten u. a. daran, dass beengte oder unzureichende Wohnverhältnisse ein ungestörtes Lernen verhinderten und somit den Bildungserwerb der betroffenen jungen Menschen erschwerten.

Er kritisiert, dass die Beschlussvorlagen vor allem Absichtserklärungen enthielten, statt konkrete Maßnahmen aufzuzeigen. Die Verwaltung sei zu sehr darauf bedacht, Fehler zu vermeiden, und versäume dabei, Handlungsspielräume zu nutzen. Die strengen bürokratischen Anforderungen führten mitunter dazu, dass Förderprogramme nicht ausgeschöpft würden. Er appelliert an die Sachbearbeiter*innen, auf solche Fälle aufmerksam zu machen.

Bei den Zwischennutzungen von Gebäuden solle die Verwaltung auf die Kreativität junger Menschen vertrauen. Sie benötigten lediglich freie Flächen, beispielsweise Fabriketagen, die sie nach ihren Vorstellungen gestalten und gegebenenfalls umbauen könnten.

Grundsätzlich gehe es bei allen Wohnprojekten darum, dass sich die Betroffenen zu Hause fühlten und Rückzugsräume hätten. Das Integrationsprojekt in der Kistlerhofstraße für Studierende und junge Geflüchtete sei zwar gut gemeint, aber die unterschiedliche Ausstattung der gegenüberliegenden Gebäude lasse bereits eine Ungleichbehandlung der beiden Personengruppen spüren. Das Studierendenwohnheim verfüge über voll funktionsfähige Gemeinschaftsküchen und Einzelbäder, dies sei in der Unterkunft für junge Geflüchtete nicht der Fall. Außerdem fehlten Gemeinschaftsräume, in denen beide Gruppen in Kontakt kommen könnten.

Abschließend bittet Stadtrat Lechner darum, das Projekt „Münchner Freiwillige: Wir helfen“, das Menschen mit Migrationshintergrund und benachteiligten Personen bei der Wohnungssuche unterstütze, in die weiteren Überlegungen zu den Hilfsangeboten einzubinden.

StRin Gaßmann lobt die Beschlussvorlagen und alle Wohnprojekte für junge Menschen. Namentlich hebt sie das AzubiWerk hervor. Generell bemühe sich die Verwaltung, bürokratische Verfahren zu vereinfachen und leerstehende Flächen für eine Wohnnutzung ausfindig zu machen. Allerdings finde auch sie die unterschiedliche Ausstattung in der Kistlerhofstraße merkwürdig.

Stadträtin Gaßmann stellt den mündlichen Änderungsantrag, dass die Anträge Nr. 4600 und 4601 ihrer Fraktion vom 02.02.2024 aufgegriffen bleiben sollen (Ziffern 18 und 19 im Antrag der Referent*innen zu Tagesordnungspunkt 1) und begründet das folgendermaßen:

Bei der „Anpassung des Punktesystems für die Vergabe von gefördertem Wohnraum für junge Münchnerinnen und Münchner“ (s. 36f. der Vorlage) solle überprüft werden, ob Betroffenen, die erstmalig aus dem Elternhaus ausziehen wollten, mehr als 60 Punkte zugestanden werden könnten. Ansonsten hätten sie gegenüber anderen Bewerber*innen kaum eine Chance.

Das Thema „Zusätzliches Informationsangebot für mögliche Umsetzer im öffentlichen Interesse“ (s. S. 38 der Vorlage) gehöre nicht in den Zusammenhang der Wohnsituation junger Menschen. Die darin beschriebene Wohnungstauschbörse richte sich vor allem an ältere Personen, die ihre

großen Wohnungen Familien mit Kindern überlassen wollten. Junge Leute hingegen suchten vor allem kleinere Wohnungen.

Stadträtin Gaßmann kündigt an, dass die CSU mit FREIE WÄHLER dem Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI zustimmen werde.

StR Babor kommt auf die Forderung im rot-grünen Änderungsantrag zu sprechen, temporäre Wohngebäude auf städtischen Kleinstgrundstücken zu errichten. Er fragt die Vertreter*innen des Kommunal- und Planungsreferats, wie schnell sich eine solche Maßnahme umsetzen ließe, und welche Regularien dabei zu beachten seien.

Bfm. StRin Schiwy weist die Kritik an den angeblich zu unbestimmten Handlungsempfehlungen zurück: Die beiden Vorlagen enthielten konkrete Vorschläge, darunter die zentrale Anlaufstelle mit Entscheidungsbefugnis für junge Wohnungssuchende oder die Übernahme von Mietbürgschaften. In der Vorlage zu Tagesordnungspunkt 2 würden klare Aufträge an das Stadtjugendamt erteilt.

Hinsichtlich der Anregung, die beiden verwandten Themen in einer gemeinsamen Beschlussvorlage zu behandeln, plädiert sie dafür, solche Wünsche künftig der Referatsleitung rechtzeitig mitzuteilen.

Die Sozialreferentin bittet die CSU mit FREIE WÄHLER, die Frist zur Bearbeitung der aufgegriffenen Anträge auf ein Jahr zu verlängern. Ansonsten sei ihr Haus verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten eine Vorlage zu erstellen.

Frau Maffei (Leiterin des Stadtjugendamts) begrüßt die kompetenten Beiträge im Hearing und die anschließende fruchtbare Diskussion in der Beratungsgruppe, deren Ergebnisse in den beiden Beschlussvorlagen dargestellt würden. Nun gehe es darum, die vorgeschlagenen Maßnahmen mit Hochdruck umzusetzen. Dabei arbeiteten das Stadtjugendamt und das Amt für Wohnen und Migration eng zusammen. Ebenso wichtig sei die Anhörung der jungen Menschen, die jedoch nicht als weitere Beratungsrunde zu verstehen sei. Vor dem Start der Projekte erhielten sie die Gelegenheit, ihre Meinung zu äußern und gegebenenfalls Änderungsvorschläge einbringen.

Die zentrale Anlaufstelle diene dazu, Doppelstrukturen zu vermeiden, und werde voraussichtlich an einem den jungen Wohnungssuchenden bereits vertrauten Ort eingerichtet. Darüber hinaus würden Streetworker*innen die Betroffenen über Hilfsangebote informieren.

Die geplante Studie zur Wohnsituation junger Menschen werde mit der Gleichstellungsstelle abgestimmt.

Herr Mayer geht auf einzelne Kritikpunkte und Anregungen ein:

Der Freistaat Bayern gebe die Rahmenbedingungen für das Punktesystem bei der Wohnungsvergabe vor. Eine höhere Punktezahl könne nicht pauschal zuerkannt werden, wie sich aus dem folgenden Passus ergebe:

„Die Bemessung der Dringlichkeit erfordert eine verständige Prüfung aller Umstände im Einzelfall. Bei der Anwendung des entsprechenden Paragraphen des Bayerischen Wohnungsbindungsgesetzes ist es grundsätzlich nicht zulässig, besondere Lebenslagen zu formalisieren und bei den betroffenen Personen, etwa im Wege einer Quotenregelung, von vorneherein ohne eine Einzelfallprüfung eine höhere Dringlichkeit zu unterstellen.“

Hinsichtlich des digitalen Informationsangebots erscheine es sinnvoll, die bisher existierenden Angebote auf einer Plattform zu vernetzen.

Die SOWON-Seite lasse sich per Handy aufrufen. Bei Problemen könne man sich gerne an das Wohnungsamt wenden. Dies gelte auch für Hinweise auf leerstehende Wohnungen.

Bei der Sofortunterbringung werde selbstverständlich darauf geachtet, junge Menschen nicht mit älteren Alkoholikern zusammenzulegen. Wenn dies dennoch geschehe, sollte das Wohnungsamt sofort in Kenntnis gesetzt werden. Im Übrigen handele es sich meist um Unterbringungen im Familienverbund.

Die im Foyer des Sitzungssaals präsentierte Fotoausstellung könne ausgeliehen werden.

Was die Versäumnisse bei der Unterbringung von Studierenden angehe, sehe sich die Landeshauptstadt München nicht als der Reparaturbetrieb des Freistaats Bayern.

Frau Klar (Leiterin der Hauptabteilung Stadtsanierung und Wohnungsbau) berichtet, dass sich eine Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen aller Referate und die im Planungsreferat angesiedelte Koordinierungsrunde Wohnen um das Thema Kleinstgrundstücke kümmern. Die Stadtbaurätin habe für den kommenden Montag alle Referent*innen eingeladen, um über die Wohnsituation junger Menschen sowie über Pop-up-Lösungen für Azubis zu beraten. Zudem solle eine Taskforce zu diesem Thema gegründet werden.

Abstimmung zu TOP 1 (Aktuelle Wohnsituation junger Menschen):

Der mündliche Änderungsantrag von CSU mit FREIE WÄHLER, dass ihre Anträge Nr. 4600 und 4601 vom 02.02.2024 aufgegriffen bleiben und innerhalb eines Jahres geschäftsordnungsgemäß behandelt werden, wird in allen Ausschüssen **einstimmig beschlossen**.

Der Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste wird in allen Ausschüssen **einstimmig beschlossen**.

Der Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI (ohne die zurückgezogene Ziffer 6 neu) wird im Kinder- und Jugendhilfeausschuss mit den Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, CSU mit FREIE WÄHLER, ÖDP/München-Liste und den stimmberechtigten Mitgliedern der freien Träger **beschlossen**.

In den übrigen Ausschüssen wird der Änderungsantrag gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, CSU mit FREIE WÄHLER und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Der somit modifizierte Antrag der Referent*innen wird in allen Ausschüssen **einstimmig beschlossen**.

Abstimmung zu TOP 2 (Wohnformen – Übergänge für junge Erwachsene):

Der Antrag der Referentin wird in allen Ausschüssen **einstimmig beschlossen**.

München, 18. Juli 2024

D i e t l

3. Bürgermeisterin

der Landeshauptstadt München

Protokoll